

---

# Lagebild Antisemitismus: Erfassung und Analyse aktueller Erscheinungs- und Ausdrucksformen in NRW

Marit-Inga Zimmermann

Antisemitismus stellt nach wie vor eine reale Bedrohung für Jüdinnen\_Juden in Deutschland dar, und die Anzahl der von den Strafverfolgungsbehörden erfassten antisemitischen Gewalttaten ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen (vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023). Dabei kann Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen keineswegs auf die von der Polizei erfassten Straftaten reduziert werden. Vielmehr werden Jüdinnen\_Juden in ihrem Alltag immer wieder mit antisemitischen Ressentiments konfrontiert, die keinen Straftatbestand erfüllen und somit weder durch die Polizei noch von anderen Stellen erfasst werden; zudem werden bei Weitem nicht alle begangenen antisemitischen Straftaten angezeigt. Das sogenannte *Underreporting*, welches die nicht-gemeldeten oder nicht-angezeigten antisemitischen Vorfälle umfasst, quantifizierte die European Agency for Fundamental Rights (FRA) bereits im Jahr 2013 (vgl. SABRA et al. 2020: 50). Somit definiert sich das *Dunkelfeld* antisemitischer Vorfälle als die Summe aller den Behörden sowie der Zivilgesellschaft unbekannteren Vorfälle.

Ein wichtiger Schritt, um sich dem Erfassungsproblem auf regionaler Ebene anzunehmen, stellte die im Jahr 2020 von der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Auftrag gegebene Studie „Antisemitismus in NRW: Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen“ dar. In der qualitativ angelegten Studie wurden insgesamt 59 Interviews mit jüdischen Gemeindevertreter\_innen und weiteren Personen aus der jüdischen Community in NRW geführt. Der thematische Schwerpunkt der Interviews lag dabei auf den Erfahrungen mit antisemitischen Vorfällen, den jeweiligen Umgangsstrategien sowie dem Melde- und Anzeigeverhalten. Die Interviews zeigen, „dass die Mehrzahl der Befragten sowie der Personen aus ihrem Umfeld mit Antisemitismus konfrontiert ist“ (SABRA et al. 2020: 13) und Antisemitismus daher auch in Nordrhein-Westfalen als alltagsprägendes Phänomen für Jüdinnen\_Juden einzuordnen ist. Neben antisemitisch motivierten Gewaltdelikten und weiteren Straftatbeständen war die Mehrheit der Befragten von sogenanntem verletzendem Verhalten betroffen. Bei derartigen Vorfällen handelt es sich häufig um Äußerungen gegenüber Jüdinnen\_Juden, die zwar antisemitische Ressentiments vermitteln, jedoch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen.

Wie verbreitet Antisemitismus in NRW ist und welchem Bedrohungspotenzial Jüdinnen\_Juden im Bundesland tatsächlich ausgesetzt sind, konnte bis dato auf keiner empirischen Datengrundlage beantwortet werden. Es konnte lediglich auf Erhebungen aus anderen Bundesländern hingewiesen werden, aus denen sich ergab, dass meist nur ein Bruchteil der tatsächlichen antisemitischen Vorfälle erfasst wird, und die nahelegen, dass auch in NRW von einer hohen Dunkelziffer in diesem Bereich ausgegangen werden muss. Um die dargestellte Lücke in der Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle in NRW zu schließen, nahm die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) im Oktober 2021 ihre Arbeit auf. Seitdem dokumentiert RIAS NRW alle ihr bekanntgemachten antisemitischen Vorfälle und wertet diese aus.

Hinter dem Begriff *antisemitischer Vorfall* können sich nach RIAS-Definition ganz unterschiedliche Vorgänge verbergen: Das breite Spektrum reicht von Übergriffen, Bedrohungen und Beleidigungen bis hin zu abwertenden und diskriminierenden Kommentaren im öffentlichen und privaten Raum oder auch konkret adressierte antisemitische Anfeindungen im digitalen Raum. Bei RIAS NRW kann jede Erscheinungsform von Antisemitismus gemeldet werden, dazu gehören unter anderem antisemitische Verschwörungsmymen, Shoah-relativierende Aussagen, israelbezogener Antisemitismus und religiös begründete Zuschreibungen und Abwertungen. Der antisemitische Gehalt eines Vorfalls kann dabei aus Wort oder Tat hervorgehen. Zudem können auch antisemitische Äußerungen im Rahmen von Versammlungen sowie antisemitische Schmierereien und Aufkleber im Straßenbild gemeldet werden.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS-Meldestellen an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert. Darüber hinaus wird zur Orientierung bei der Falleinordnung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust genutzt. Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und einer Kritik an israelischer Politik orientieren sich die RIAS-Meldestellen zudem an der von Natan Sharansky (2004) vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

Auf Grundlage der gesammelten Daten fertigt RIAS NRW Jahresberichte und Analysen an, die Behörden, Presse, zivilgesellschaftlichen Organisationen und weiteren Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Durch die kontinuierliche Erfassung können Entwicklungen im Bereich antisemitischer Ausdrucksformen frühzeitig nachvollzogen werden. Eine differenzierte Analyse antisemitischer Ausdrucks- und Erscheinungsformen muss dabei als grundlegende Voraussetzung für eine effiziente Bekämpfung von Antisemitismus betrachtet werden. Außerdem soll

anhand der Daten und ihrer Auswertung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene das Problembewusstsein für Antisemitismus geschärft werden.

In enger Zusammenarbeit mit den im Bundesland bestehenden Beratungsstrukturen verfolgt RIAS NRW darüber hinaus das Ziel, Betroffene von Antisemitismus zu stärken und zu unterstützen. So führt RIAS NRW eine Verweisberatung durch. Ziel der Meldestelle ist es, als vertrauensvolle Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige oder Zeug\_innen antisemitischer Vorfälle zu fungieren. Auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen können sich als von Antisemitismus betroffene Institutionen an RIAS NRW wenden.

## **Auswirkungen des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023 in NRW**

Aus den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte wissen Jüdinnen\_Juden, die außerhalb Israels leben, dass Angriffe von palästinensischen Terrororganisationen auf Israel auch Auswirkungen auf ihren persönlichen Alltag haben. RIAS registrierte in der Vergangenheit wiederholt steigende Vorfallszahlen in Deutschland, wenn Israel durch militante Palästinenser\_innen angegriffen wurde und es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam. Daraus lässt sich ableiten, dass der palästinensisch-israelische Konflikt antisemitische Täter\_innen in Deutschland motiviert und antisemitisches Handeln ermöglicht. RIAS charakterisiert dies als *Gelegenheitsstruktur*: „Unter einer Gelegenheitsstruktur sind bestimmte Rahmenbedingungen zu verstehen, die antisemitisches Handeln ermöglichen oder wahrscheinlicher machen. Das können Medienereignisse oder gesellschaftliche Debatten sein, aber auch gezielte Kampagnen politischer Akteur\_innen.“ (Bundesverband RIAS e.V. 2023: 9) Ein bundesweiter Anstieg von antisemitischen Manifestationen, Angriffen, Bedrohungen und gezielten Sachbeschädigungen verzeichnete der Bundesverband RIAS zuletzt während des Gaza-Krieges im Mai 2021 (vgl. Bundesverband RIAS e.V./IIBSA 2021).

Mit einem Anstieg antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober war somit zu rechnen – das Ausmaß war jedoch unvorhersehbar. Bundesweit dokumentierten die RIAS-Meldestellen innerhalb eines Monats 994 verifizierte antisemitische Vorfälle (Erfassungszeitraum: 07.10.–09.11.23). In den ersten 34 Tagen seit Kriegsbeginn ereigneten sich demnach 29 antisemitische Vorfälle pro Tag. Im Vorjahreszeitraum 2022 waren es im Jahresdurchschnitt knapp sieben Vorfälle pro Tag (vgl. Bundesverband RIAS e.V. 2023: 3). Auch in NRW dokumentierte RIAS einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle. Vom 7.10. bis zum 9.11.2023 erfasste die regionale Meldestelle 218 verifizierte antisemitische Vorfälle (Stand November 2023). Das sind sieben Vorfälle pro Tag, während in NRW im vergangenen Jahr durchschnitt-

lich fünf Vorfälle pro Woche dokumentiert wurden. Daraus ergibt sich ein siebenfacher Anstieg antisemitischer Vorfälle in NRW innerhalb eines Monats. In 92 % aller Meldungen, also 201 von 218 Vorfällen, konnte ein Bezug zum Massaker der Hamas identifiziert werden. Dabei wurden alle Erscheinungs- und Ausdrucksformen des Antisemitismus erfasst. Im nachfolgenden Abschnitt werden ausgewählte spezifische Situationen, Strukturen und Tatorte dargestellt, die seit dem 7. Oktober durch signifikante antisemitische Vorfälle in Erscheinung traten.

## Antisemitismus auf Demonstrationen und Kundgebungen

Bereits am zweiten Tag nach dem brutalen Massaker der Hamas kam es in Duisburg zur ersten israelfeindlichen und antisemitischen Kundgebung in NRW. Unter dem Titel „Solidarität mit Gaza!“ mobilisierte die israelfeindliche und antisemitische Gruppe „Palästina Solidarität Duisburg“ wie folgt zur Demonstration:

Gaza hat sich erhoben & seine Gefängnismauern gesprengt! Der Widerstand hat eine nie dagewesene Offensive gestartet & versetzt dem zionistischen Kolonialregime heftige Schläge! Überall auf der Welt feiern & unterstützen die Menschen diesen Aufstand. Das wollen wir auch tun! Kommt mit uns auf die Straße und demonstrieren wir unsere Solidarität mit den Menschen & dem Widerstand [Hamas, Anm. MZ] in Gaza & ganz Palästina. Von Duisburg nach Gaza: Sieg der Intifada! Palästina wird sich befreien: vom Meer bis zum Fluß!  
(Aufruf auf dem Instagram-Account der Gruppe vom 09.10.23)

In diesem Aufruf sowie auf darauffolgenden israelfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen kam es seit dem 7. Oktober zu Relativierungen oder auch Befürwortungen des antisemitischen Terrors der Hamas. Die Hamas wurde in Redebeiträgen, auf Transparenten oder wie in oben dargelegtem Aufruf als legitimer Widerstandskämpfer glorifiziert und das Massaker als Befreiungsschlag gekennzeichnet. Durch Parolen wie *Kindermörder Israel* dämonisierten israelfeindliche Aktivist\_innen den jüdischen Staat Israel, indem sie ihn der gezielten Tötung von Kindern bezichtigten. Diese Parole knüpft an die mittelalterliche Ritualmordlegende an, in der Jüdinnen\_Juden vorgeworfen wurde, das Blut junger Christen für rituelle Zwecke zu verwenden. In dieser modernisierten Neuauflage der alten Legende werden nicht christliche, sondern palästinensische Kinder ermordet. Der Vorwurf richtet sich nicht mehr gegen *die Juden*, sondern gegen Israel als jüdisches Kollektiv.

Auch das Existenzrecht Israels wurde vielfach bestritten, was sich unter anderem in der Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ ausdrückte. Shoah-relativierende Aussagen, in denen die israelische Militäroperation in Gaza als Holocaust bezeichnet oder mit der Shoah verglichen wurde, wurden ebenfalls dokumentiert.

Das politische Spektrum der israelfeindlichen Akteure auf den Versammlungen umfasste vor allem linksautoritäre, antiimperialistische Gruppen sowie israelfeindliche und islamische bis islamistische Strukturen. Auch wenn die politischen Selbstverständnisse der jeweiligen Akteure zuweilen weit auseinandergehen, war die Trennung auf den israelfeindlichen Versammlungen nur selten gegeben. Deziert linke Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“ und der islamische Ausspruch „Allahu Akbar“ fanden parallel Platz. Darüber hinaus kam es vereinzelt zu Querfrontbündnissen zwischen verschwörungsideologischen und deutschen sowie türkischen rechtsextremen Akteuren.

In einigen Städten NRWs fanden Solidaritätsbekundungen mit Israel und den Opfern des Massakers der Hamas statt, teilweise in unmittelbarer Nähe zu israelfeindlichen Versammlungen. Gerade dort kam es mehrfach zu äußerst aggressiv vorgetragenen Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen von israelfeindlichen Aktivist\_innen. In diesem Zusammenhang wurden israelsolidarische Gegendemonstrant\_innen von Aktivist\_innen mit einem roten Dreieck markiert. Diese Art der Feindmarkierung stammt von der Hamas, die das rote Dreieck seit dem 7. Oktober in Propagandavideos als Markierung für ihre Terrorziele nutzt. Israelsoolidarische Kundgebungen konnten demnach nur unter Polizeischutz durchgeführt werden. Bei Gedenkkundgebungen für die Opfer des Hamas-Terrors kam es ebenfalls zu gezielten Störungen durch Aktivist\_innen und antisemitischen Aussagen durch Passant\_innen.

## **Antisemitismus an Universitäten und Schulen**

Neben israelfeindlichen Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen kam es seit dem 7. Oktober vermehrt zu antisemitischen Vorfällen in Universitäten und Schulen. Israelbezogene antisemitische Ressentiments drückten sich seitdem vor allem durch Schmierereien in Seminarräumen und auf dem Campus, Flyeraktionen oder durch antisemitische Aussagen von Angesicht zu Angesicht aus. An Universitäten kam es ebenfalls zu israelfeindlichen Versammlungen, auf denen sich Teilnehmende antisemitisch äußerten. In den sozialen Medien wie universitätsinternen Gruppenchats oder Facebookgruppen wurden wiederholt antisemitische Äußerungen getätigt sowie jüdische Studierende bedroht und diffamiert. So schildert eine jüdische Studentin aus Bochum ihre Erlebnisse wie folgt:

Ich versuche schon länger, als Jüdin nicht sofort erkennbar zu sein und vermeide es, in der deutschen Öffentlichkeit hebräisch zu sprechen. Immerhin wurde ich schon im Internet bedroht und auch an der Universität, als wir ein Statement zu den dortigen Vorgängen auf Instagram veröffentlichten. Es hieß, man könne bei uns ja mal Hausbesuche machen. Die Leute kannten mich, meine Adresse, die Adresse meiner Eltern. Das war beängstigend! (Barthels et al. 07.02.2024)

Das Sicherheitsempfinden jüdischer Studierender ist seit dem 7. Oktober massiv erschüttert. Der Angriff eines muslimischen Kommilitonen auf einen jüdischen Studenten in Berlin verdeutlicht die akute Bedrohungslage beispielhaft (vgl. Malburg 07.02.2024). Die Raumnahme israelfeindlicher und in Teilen antisemitisch agierender Hochschulgruppen, vor allem islamistischer Akteure und linksautoritärer Gruppen, machten den Campus durch Aufkleber, Plakate, Demonstrationen, Infotische und Film-Screenings bedrohlich, sowohl für jüdische als auch für antisemitismuskritische nicht-jüdische Studierende. Aktionen gegen Antisemitismus an Hochschulen wurden von israelfeindlichen Gruppen und Akteuren gezielt angegriffen. So wurden Workshops und Vorträge gegen Antisemitismus als *zionistische Propaganda* und *rassistische Veranstaltungen* diffamiert, engagierte Einzelpersonen aus dem Lehrbetrieb wurden angefeindet und bedroht. Antisemitische Reaktionen auf Solidaritätsbekundungen diverser Universitäten in NRW direkt nach dem 7. Oktober wurden vor allem im Internet dokumentiert. Die in Solidarität gehissten Israelfahnen wurden vom Campus geklaut, beschädigt oder angezündet. Auch an anderen öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern oder Kirchen wurden Israelfahnen, teils mehrfach nacheinander und mit roher Gewalt, geklaut oder beschädigt.

Antisemitische Vorfälle an Schulen in NRW wurden RIAS nach dem 7. Oktober von (betroffenen) Lehrkräften und Eltern betroffener Schüler\_innen gemeldet. RIAS NRW dokumentierte Fälle von antisemitischem Mobbing, Schmierereien und Aufklebern im und am Schulgebäude sowie antisemitischen Aussagen und Bildern in Klassenchats und im direkten Gespräch, die sich unter anderem an jüdische oder als jüdisch markierte Schüler\_innen richteten. Lehrkräfte meldeten zudem antisemitische Aussagen im Zuge der Thematisierung des Krieges im Schulunterricht. Dabei wurden klassische israelbezogene antisemitische Topoi und Verschwörungsmymen bedient sowie Vernichtungsphantasien gegenüber Jüdinnen\_Juden von Schüler\_innen geäußert. Ebenfalls wurden Fälle dokumentiert, in denen antisemitische Aussagen in Bezug auf den Krieg in Gaza von Lehrkräften getätigt wurden.

Als Reaktion auf die angespannte Situation in Schulen richtete SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) eine wöchentliche digitale Sprechstunde für Lehrkräfte in NRW ein, die einen regen Zulauf von hilfesuchendem Lehrpersonal verzeichnete.

## **Angriffe auf die Erinnerung**

Im Zuge des massiven Anstiegs antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober wurden Angriffe auf die Erinnerung an den Nationalsozialismus dokumentiert. Gedenkorte, die an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Jüdinnen\_Juden erinnern, wurden durch Schmierereien und Aufkleber mit Bezug zum Gaza-Krieg geschändet. Durch Parolen wie „Free Palestine“ oder „Free Gaza. Stop Terror Israel“ auf NS-Gedenkzeichen nutzten die Täter\_innen das Gedenken an die

Shoah für ihre antisemitische Propaganda und verhöhnnten dadurch alle Opfer von Antisemitismus, insbesondere jene, die während des vernichtungsantisemitischen Massakers der Hamas ermordet wurden. Diese Form des israelbezogenen Antisemitismus zeigt, dass es sich hierbei nicht um eine legitime Kritik am Staat Israel handelt, sondern um Hass auf Jüdinnen\_Juden. Zudem zeigen diese Vorfälle eine Täter-Opfer-Umkehr, die für den Post-Shoah-Antisemitismus kennzeichnend ist. Die damaligen Opfer der Nazis werden so zu den heutigen Tätern im Gaza-Krieg gemacht, wobei suggeriert wird, dass sich *die Juden* von heute wie die Nazis von damals verhalten würden.

Neben der Schändung von Gedenkortern wurden zudem wiederholt antisemitische und erinnerungsabwehrende Aussagen aus dem linken Milieu dokumentiert. Durch Parolen wie „Free Palestine From German Guilt“ und ähnlichen „Schuld-kult“<sup>1</sup>-Phantasien wurde der deutschen Regierung sowie der Zivilgesellschaft vorgeworfen, einen zweiten Holocaust in Gaza auf Grund einer moralischen Verantwortung gegenüber Israel geschehen zu lassen. Der Vorwurf eines zweiten Holocausts ist faktisch falsch und relativiert somit die Präzedenzlosigkeit der Shoah. Zudem ist die implizierte Forderung eines Schlussstriches unter die spezifische Erinnerung im postnazistischen Deutschland als eine manifeste Erinnerungsabwehr zu bewerten.

## Ausblick

Während Antisemitismus auch vor dem 7. Oktober 2023 in der bundesdeutschen Gesellschaft virulent vorhanden war, stellte das Massaker der Hamas selbst und die daraus resultierende Bedrohungslage für Jüdinnen\_Juden in Deutschland eine Zäsur dar. In NRW registrierte die RIAS-Meldestelle einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle. Das antisemitische Klima an Hochschulen und Schulen sowie die aufgeheizten und antisemitisch konnotierten Versammlungen im Bundesland erreichten eine neue Qualität. Die manifeste Form des Post-Shoah-Antisemitismus aus dem israelfeindlichen sowie linken Milieu beinhaltet eine Erinnerungsabwehr, die in dieser Artikulation und Ausdrucksform neu ist und als Angriff auf die Erinnerung gewertet werden kann.

Auch wenn die Statistiken der Ermittlungsbehörden sowie die der RIAS-Meldestellen bereits einen erheblichen Anstieg des Antisemitismus dokumentierten, kann nach wie vor von einem hohen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle in allen alltagsprägenden Bereichen ausgegangen werden. Eine ausführliche Analyse antisemitischer Vorfälle 2023 sowie die Auswertung der Meldungen nach dem 7. Oktober 2023 erscheint im RIAS NRW Jahresbericht im Sommer 2024.

---

1 Die Bezeichnung „Schuld-kult“ ist ein Propagandabegriff der extremen Rechten und wurde bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs benutzt, um die deutsche Verantwortung an den Nationalsozialismus und seinen Verbrechen abzuwehren.

## Literaturverzeichnis

- Barthels, Inga; Heide, Annett; Merkel, Ronja; Nietfeld, Joana; Rövekamp, Marie (07.02.2024): Werden deutsche Unis zu No-go-Areas? Jüdische Studierende klagen an. In: Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/werden-deutsche-unis-zu-no-go-areas-judische-studierende-klagen-an-11169445.html> [Zugriff: 27.02.2024].
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023): Politisch motivierte Kriminalität erreicht neuen Höchststand. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/05/fallzahlen-pmk-2022.html> [Zugriff: 27.02.2024].
- Bundesverband RIAS e.V./IIBSA e.V. (2021): Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021. [https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband\\_RIAS\\_-\\_Mobilisierungen\\_von\\_israelbezogenem\\_Antisemitismus\\_im\\_Bundesgebiet\\_2021.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf) [Zugriff: 27.02.2024].
- Bundesverband RIAS e.V. (2023): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022. [https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_in\\_Deutschland\\_Jahresbericht\\_RIAS\\_Bund\\_2022.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2022.pdf) [Zugriff: 27.02.2024].
- Malburg, Mascha (07.02.2024): Angriff mit Ansage. In: Jüdische Allgemeine. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/angriff-mit-ansage/> [Zugriff: 27.02.2024].
- RIAS NRW (2023): Antisemitische Vorfälle 2022. [https://www.report-antisemitism.de/documents/Jahresbericht\\_2022\\_RIAS\\_NRW.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/Jahresbericht_2022_RIAS_NRW.pdf) [Zugriff: 27.02.2024].
- SABRA / Bagrut Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins e.V. / Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. / Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2020): Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen. [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-07\\_rias-bund\\_sabra\\_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-NRW.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-07_rias-bund_sabra_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-NRW.pdf) [Zugriff: 27.02.2024].
- Sharansky, Natan (2004): 3D test of Anti-Semitism: Demonization, double standards, delegitimization. In: *Jewish Political Studies Review* 16, S. 3–4.